

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 8 Bl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Bl. Bei Postbezug monatlich 3,11 Bl. Unter Streifband in Polen monatlich 5 Bl. Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperzung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialeiste 20 Groschen, die 90 mm Deutschland 20 bzw. 100 Goldstück, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Blattvorrichtung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postleitkonten: Stettin 1847, Polen 202157

Nr. 175.

Bromberg, Donnerstag den 31. Juli 1924.

48. Jahrg.

Skrzynski Programm.

Warschau, 20. Juli. (PAT) Der Außenminister Aleksander Skrzynski betonte in einer Unterredung, die er dem Vertreter des „Echo Warszawskie“ gewährte, seine Politik könne nicht eine andere sein als die, daß Polen der Schlüssel zum osteuropäischen Problem und zum Friedensproblem sei. Eine Bedrohung Polens bedeute eine Bedrohung ganz Europas. Es sei schwer, zu verlangen, daß andere Staaten an uns und an unsere Interessen denken. Wir können dies nicht verlangen, nicht einmal von unserem herzlichsten Bundesgenossen, wie z. B. Frankreich. Polen müsse selbst das Augenmerk Europas auf seine Rechte lenken, sowie andauernd seinen Wert betonen, der in dem Gesamtkomplex der europäischen und der Weltpolitik liegt. Dies betreffe hauptsächlich unsere Beziehungen zu England, das leider bis jetzt uns gegenüber eine gewisse Art Kühle oder Gleichgültigkeit nicht abstreifen kann. Nach dieser Richtung müßte, so sagte Skrzynski, unsere Politik darauf beruhen, England von unserer Rolle in dem Gesamtkomplex der politischen Fragen zu überzeugen.

Die Presse zur Ernennung Skrzynskis.

Warschau, 20. Juli. Die Presse kommentiert allgemein die Ernennung des bisherigen ständigen Delegierten beim Völkerbund Aleksander Skrzynski zum Außenminister. „Kurier Warszawski“ stellt fest, daß die polnische Außenpolitik in der letzten Zeit sehr an Passivität gelitten habe, indem der Schwerpunkt der Initiative auf das verbündete Frankreich verwohnen wurde. Skrzynski habe ein lebhafes politisches Temperament, eine Begeisterungsfähigkeit im Dienste der Öffentlichkeit und ein großes Verstehen der Staatsraison, sowie die Gabe einer intuitiven Erfassung der Lage und der aus ihr sich ergebenden Notwendigkeiten. Skrzynski fehle in einem wichtigen Moment der polnischen Außenpolitik ins Außenministerium zurück. Besonders glücklich treffe es sich, daß die Notwendigkeit einer intensiven Aktion und die mit ihm möglicherweise verbundenen Schwierigkeiten für Skrzynski nicht einen Hemmschuh, sondern vielmehr einen Ansporn zur Arbeit bilden.

„Kurier Warszawski“ erinnert daran, daß mit der Amtsübung Skrzynskis im Kabinett Sikorski die wichtigste Tatsache der Anerkennung der Grenzen Polens durch die Mächte verlustfrei sei und mit seiner Tätigkeit als Delegierter im Völkerbund die glückliche Erledigung der Kolonienfrage. Der neue Minister könne auf die Unterstützung aller staatschöpferischen Elemente rechnen.

„Gazeta Warszawska“ betont, daß Skrzynski seine Berufung der Unterstützung der Linken verdanke und daß sein Eintritt in das Kabinett Grabiski die Grundzüge des Charakters dieses Kabinetts verändere.

Senator Kostkowski stellt im „Kurier Warszawski“ fest, daß die radikalen Parteien, Kreise und Persönlichkeiten, die seit langem Skrzynskis Kandidatur in den Vordergrund gerückt haben, seine Ernennung mit Genugtuung begrüßen. Das Lager der Rechten, das mit keinen Wundern Ramonakis gerechnet hat, wird auch von Skrzynski keine solchen erwarten und daher seine Arbeit nicht erschweren, sondern ihr sachlich gegenüberstehen.

Der „Kurier Warszawski“ nennt die Ernennung Skrzynskis einen „politischen Skandal“, die „Gazeta Wydowska“ bezeichnet sie als einen „unpassenden Schritt“.

Der Schiedsspruch in der Optantenfrage.

10 000 Deutsche erhalten die polnische Staatsangehörigkeit?

Aus Wien wird gemeldet, daß die deutsch-polnische Kommission, die dort schon seit längerer Zeit über die Frage der deutschen Optanten in Polen beraten, ihre Arbeiten beendet, und daß Herr Kaczenbeck, der Vorsitzende dieser Kommission, in diesem Konflikt bereits seinen endgültigen Schiedsspruch gefällt habe.

Nach diesem Schiedsspruch wurde das polnische Staatsbürgersrecht 10 000 Deutschen zuerkannt. Was die übrigen 20 000 Deutschen anbelangt, die auf diesen Schiedsspruch warteten, so sollen sie, sofern im Laufe der nächsten drei Jahre nicht eine Verständigung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung aufzusteht, das Gebiet der polnischen Republik verlassen oder die Genehmigung zum Aufenthalt in Polen einholen, d. h. allerdings nur als Ausländer.

Diese Meldung, die wir dem „Daienrit Budapest“ entnehmen, klingt wenig glaubwürdig, und auch wir stimmen mit dem Blatt überein, daß eine ähnliche Bestätigung dieser wichtigen Meldung durchaus erwünscht ist. Denn erstens gibt es mehr als 30 000 in Polen lebende und inzwischen auch in das Ausland abgewanderte Deutsche, die auf das polnische Staatsbürgersrecht Anspruch erheben. Und zweitens sollte die endgültige Entscheidung in dieser Frage erst sechs Wochen nach dem Vermittelungsverschlag Kaczenbecks veröffentlicht werden, nachdem die deutsche und die polnische Delegation zu diesem Vorschlag eingehend Stellung genommen haben.

Erst dann sollte Kaczenbeck in der Options- und Staatsbürgerschaftsfrage das letzte Wort sprechen.

Die Klage vor dem deutsch-polnischen Schiedsgerichtshof.

Von maßgebender Seite geht uns folgende Mitteilung an:

Bei Klagen gegen den polnischen Staat aus dem Liquidierungsverfahren vor dem deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshof ist nach den bestehenden Vorschriften die Anwendung der französischen Sprache Prozeßbedingung.

Den reichsdtschen liquidierten Grundstückseigentümern wird empfohlen, ihre Klagen in deutscher Sprache der deutschen Staatsvertretung beim deutsch-polnischen Schiedsgerichtshof in Berlin, Nollendorfstraße 21, einzureichen. Diese Stelle sorgt für die Übersetzung in die französische Sprache.

Falls indes eine Fristversäumnis droht, sollten die Klagen sofort nach wie vor beim deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshof in Paris, Rue de Varenne 57, auch in deutscher Sprache eingereicht werden.

Der deutsch-russische Konflikt beigelegt.

Berlin, 28. Juli. Der deutsch-russische Konflikt, der durch die Haussuchung in den Räumen der russischen Handelsgesellschaft entstanden war, steht vor seiner Beendigung. Reichsaußenminister Stresemann hat heute den russischen Vertreter Bredowski, den derzeitigen Geschäftsträger Russlands in Deutschland, empfangen. Gegenstand der Unterredung war das zwischen Russland und Deutschland vereinbarte Protokoll über die Beilegung des Konfliktes. Die Unterschrift wurde noch nicht vollzogen, da einige kleine Änderungen im Protokoll vorgenommen werden sollen. Die Unterzeichnung soll aber an einem der nächsten Tage erfolgen.

Wie die PAT aus Berlin meldet, ist das Protokoll gestern (Dienstag) unterzeichnet worden. Es wird darin erklärt, daß beide Regierungen bestrebt waren, den Konflikt in freundschaftlicher Weise beizulegen. Deshalb und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinten Sowjetrepubliken drückt die deutsche Regierung ihr Bedauern über das Vorgehen der Polizei und darüber aus, daß der Zwischenfall so große Formen angenommen hat.

Litauischer Minderheitenschutz.

Kowno, 28. Juli. Der Minderheitenschutz in Litauen wird in einer Weise gehandhabt, die immer mehr die Aufmerksamkeit Europas auf die unhaltbaren Zustände in Litauen lenkt. Die „Memelländische Rundschau“ führt in einer ihrer letzten Ausgaben bittere Klage über die Behandlung der deutschen Bevölkerung des Memelgebiets. Litauen begeht dort große Ungerechtigkeiten, vergewaltigte die von ihm selbst erlassenen Gesetze und sabotierte die Einführung der versprochenen Autonomie.

Noch trostloser steht es mit der Behandlung der polnischen Minderheit durch die litauischen Behörden. Die beiden letztjährigen Rundschreiben des Kownover Kultusministers Vitas streichen die polnische Geschichte und Literatur vollkommen aus den Lehrplänen der Minderheitsschulen und verlangen von den zum Besuch von Gymnasien angemeldeten Jünglingen das Bestehen einer Prüfung in der litauischen Sprache. Auf diese Weise wird bei der allgemeinen Unkenntnis der litauischen Sprache 90 Prozent der polnischen Schüler und Schülerinnen der Zugang zum polnischen Gymnasium in Litauen versperrt. An die Stelle der polnischen Literatur und Geschichte wird die litauische Sprache in den polnischen Schulen eingeführt.

Ein englisch-französisches Kompromiß?

Vor der Pol. Tel.-Agent. ist gestern in einer Londoner Meldung die Nachricht dementiert worden, daß die englische Regierung auf der Londoner Konferenz einen Antrag stellen wolle betrifft der militärischen Räumung der Ruhr, da für diese Frage die Konferenz nicht zuständig sei. Hinzugefügt wurde indessen, daß die Angelegenheit inoffiziell besprochen werden würde, da die militärische Räumung mit der wirtschaftlichen in engem Zusammenhang steht. Inzwischen gehen Mitteilungen durch die Presse, als ob über diese Frage zwischen Herriot und Macdonald bereits eine Einigung stattgefunden hätte, und der einschränkende Zusatz zu dem oben erwähnten, von der PAT verbreiteten Dement kann vielleicht als eine irrtümliche Bestätigung der Nachricht von der erfolgten Einigung aufgefaßt werden. Die Einigung sollte folgende Punkte betreffen:

1. Deutschland wird von der Vollstreckung der Konferenz vom Montag unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung und bei Sicherung voller Disziplinfreiheit eingeladen mit den Alliierten über die Aussetzung des Protokolls zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches zu verhandeln. (Ein bezüglicher Beschluß ist am Montag gefaßt worden.)

2. In diesem Protokoll zwischen Deutschland und den Alliierten oder in einem besonderen Protokoll der Alliierten gibt Frankreich bindende Erklärungen über die vollständige Räumung des Ruhrgebiets ab.

3. England verpflichtet sich, die Bankiers zu veranlassen, sich mit der ersten Theorie des Räumung über die Sanktionen als Garantie für die Anleihe aufzukreden zu geben, wenn Frankreich durch die an Termine gebundene Räumung des Ruhrgebiets und Deutschland durch seine in freier Verhandlung gegebene Zustimmung zum Dawes-Plan die notwendigen Voraussetzungen für die Ausschaltung der beiden Streitfragen — deutsche Richterstellung und französische militärische Gewaltanwendung als Mittel zur Erzwingung von Reparationszahlungen — geschaffen haben.

Der dritte Punkt des Kompromisses würde also die Bestimmung treffen, daß die Reparationskommission verstärkt durch einen Amerikaner, über eine deutsche Richterstellung zu urteilen hätte, nachdem sie einen Sachverständigenausschuß gutachtlich gehört hätte, der aus fünf Mitgliedern des Dawes- und Mac. Kenney-Ausschusses besteht. Die Empfehlungen dieses Ausschusses haben also nur facultativen Charakter und können von der Reparationskommission abgelehnt werden.

Der vom Schatzkanzler Snowdon einnehmend informierte Berichterstatter des „Daily Herald“ erläutert, wie die „Boss. Bdg.“ schreibt, die

Derloty (Gulden) am 30. Juli

(Börsörlicher Stand um 10 Uhr vormittags)

Danzig:	1 Dollar =	5,23	Loty
	100 Loty =	109	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Loty
	1 Danz. Guld. =	0,92	Loty

Rentenmarkt . . . = 1,27 Loty

Grundlagen des Kompromisses

folgendermaßen: Der Grund, daß die Bankiers eine schriftliche Garantie verlangen, ist: Poincaré hat die ganze Welt mit einem Teil eingeweihten Mißtrauen gegen die Absichten der französischen Politik erfüllt. Poincaré hat, als er in die Ruhr einmarschierte, ausgedehnt, daß er in erster Linie nicht Reparationen verlangt, sondern Deutschland politisch und wirtschaftlich niederhalten wolle. Die Frage ist jetzt: Bestimmt dieser Grundsatz auch weiterhin die Politik Frankreichs oder ist er aufgegeben worden? Die Bankiers verlangen die Sicherung, daß dieser Grundsatz aus der französischen Politik eliminiert wird. Frankreich steht aber auf dem Standpunkt, die Sicherung nicht schwarz auf weiß geben zu können. Daraus entsteht die weitere Frage: Sind keine anderen Mittel und Wege vorhanden, durch die Frankreich davon überzeugt wird, daß es mit Poincarés zugleich auch den Poincarismus preisgegeben hat? Dieses Mittel ist vorhanden. Es besteht in der militärischen Räumung des Ruhrgebiets, und das ist der Prüfstein der neuen französischen Politik. Wenn die französischen Truppen das Ruhrgebiet nicht verlassen sollen, nachdem der Grund dieser Entsendung in das Ruhrgebiet (durch die Anwendung des Dawes-Plans) verschwunden ist, müssen die Bankiers zu der Schlussfolgerung gelangen, daß trotz des Regierungswechsels die Politik Poincarés die Politik Frankreichs geblieben ist. Wenn Herriot aber erklärt, daß er bereit ist, das Ruhrgebiet binnen sechs Monaten von französischen Truppen zu den im Friedensvertrag festgesetzten Terminen aus dem Rheinland zurückzuziehen und er ferner bereit ist, eine Klausel dieses Inhalts in das Protokoll aufzunehmen, dann wird er mehr getan haben, als irgend eine Sicherung zu leisten, dann vermag man die Welt davon zu überzeugen, daß der Poincarismus der Vergangenheit angehört, daß Frankreich Schluss gemacht hat mit militärischen Abenteuern im Rheinland und an der Ruhr und mit der Politik der absichtlichen Störung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands. Eine solche Erklärung dürfte das Vertrauen wiederherstellen. Sie würde den Bankiers beruhigen, sie würde den Kapitalisten das Gefühl der Sicherheit geben, daß ihnen solange fehlt, wie Poincarés Käufsel (die militärische Besetzung) immer noch in drohender Haftung über Deutschlands Kopf geschnürt wird. Es würde ferner eine Abänderung der von der ersten Kommission bereits Ende voriger Woche aufgesetzten Formel unnötig machen, denn eine solche Erklärung würde jeden davon überzeugen, daß Frankreich es ernst gemeint hat. Hier ist also voraussichtlich der Ausweg gefunden. Die militärische Räumung des Ruhrgebiets wird ein Übereinkommen mit den Bankiers ermöglichen. Es wird aber zugleich ein Übereinkommen mit Deutschland sicherstellen. Wenn die französische Regierung diesem Abkommen zustimmt, ist der Weg zu einer Reparationsregelung frei. Wenn Frankreich (Präsident und Rumpffabrikt) in Paris die Regelung ablehnt, würde dies ein Fehlschlagen der Konferenz bedeuten, fügt das Frankreich die Verantwortung zu übernehmen hätte.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ gibt eine interessante Erklärung dafür, warum Herriot sich entschlossen habe, das Kompromiß anzunehmen. Die Führer der Opposition in der Kammer und im Senat haben Herriot Mitte voriger Woche durch den Kommissionsberichterstatter Bolanowski das folgende Ultimatum überreichen lassen:

a) Deutschland darf nicht auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu der Konferenz zugelassen werden.

b) Der Grundsatz der Vermischung des deutschen Eisenbahnpersonals mit französischen und belgischen Eisenbahnpersonals muß gewahrt bleiben.

c) Es dürfen keine festen Termine für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets festgesetzt werden.

Herriot ist entschlossen, sich einem derartigen Diktat der Opposition nicht zu fügen.

Hughes Mahnung an Herriot.

Wie der „Tag“ berichtet, hat der amerikanische Staatssekretär Hughes das Zustandekommen der Einigung sehr wesentlich beeinflußt. Hughes nahm an den Befreiungen zwischen Macdonald und Herriot teil und sprach sehr ernst auf Herriot ein. Er machte ihn vor allen Dingen auf die Notwendigkeit einer wirklich pazifistischen Geste aufmerksam, durch die das Vertrauen sich in allen Ländern Europas, einschließlich Frankreichs und Deutschlands, wiederherstellen würde. Er wies darauf hin, daß der Dawesplan eine Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und Deutschland nötig machen würde, und daß heute Deutschland genau so behandelt werden müsse, wie alle Konferenzteilnehmer. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Herriot immer wieder erklärt, er könne es nicht zulassen, daß die Deutschen auf gleichem Fuße mit den Alliierten zur Konferenz geladen werden. Er war im Geiste eher der Meinung, daß Deutschland von der Reparationskommission geholt werden müsse. Aber der tiefe Ernst, mit dem Hughes auf ihn einsprach, unterstrich von Macdonald und den englischen und amerikanischen Sachverständigen des Daweskomitees, machte einen tiefen Eindruck auf ihn namentlich als die anderen noch weiter betonten, daß der Dawesbericht niemals funktionieren werde und niemals den guten Willen bei dem französischen Feinde hervorrufen werde, wenn die Ruhr nicht militärisch geräumt werde. Herriot ist im Verlaufe der Unterredung auch von Hughes darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincaré sehr erläutert habe, er schicke die Truppen an die Ruhr, um die alliierten Wirtschaftskommissionen zu

schühen. Wenn nun diese Missionen mit dem Inkrafttreten des Dawesplanes zu bestehen aufhören, habe Frankreich keinerlei Entschuldigung mehr, Truppen im Ruhrgebiet zu belassen. Herrriot war, wie gesagt, sehr beeinflußt, und General Nollet erklärte, als er von dem Plane hörte, nun schon zum zweiten Male während seiner Anwesenheit in London, daß er zurücktreten werde. Es bleibt jetzt abzuwarten, was die militärischen und politischen Kreise in Paris zu diesem Vorwölfe sagen werden.

Auch in einer Londoner Meldung der "Voss. Zeitg." wird die Wirkung Hughes' an dem Plan stark betont, wobei indessen das finanzielle Moment in den Hintergrund gestellt wird:

Der amerikanische Staatssekretär, dessen Rede in Newhaven seinerzeit die Grundlage für die Einberufung des Dawes-Ausschusses legte, hat nicht versucht, den alliierten Staatsmännern auseinanderzusetzen, daß der Dawes-Bericht Gegenstand eines freien Übereinkommens zwischen den Alliierten und Deutschland sein müsse. Staatssekretär Hughes hat ferner Herrriot und Clementel davon verständigt, daß, wenn der Dawes-Bericht angewendet werden würde und die deutsche Anleihe mit Erfolg ausgegeben sei, amerikanische Kredite nicht nur an Deutschland, sondern auch an Frankreich und andere europäische Länder gewährt werden dürften. Hughes hat die Befreiung französischer, belgischer und italienischer Anleihen an der New Yorker Börse als Voraussetzung einer späteren Regelung der Schuldenfrage auf dem Auseinanderwege und zu dem Zweck der Frankfurter- und Libre-Stabilisierung in Aussicht gestellt. Das Gentleman's Agreement über die alliierten Schulden hat im Laufe der Verhandlungen folgende Gestalt angenommen:

1. Die Vereinigten Staaten und England werden in den nächsten Jahren in Frankreich, Belgien und Italien nicht auf die Zahlung der Sätze dringen.

2. Frankreich, Belgien und Italien erhalten Gelegenheit, im Laufe der nächsten Jahre Währungskredite und andere Anleihen in Amerika aufzunehmen, wenn sie bereit sind, einen Teil des Erfolgs dieser Anleihen dazu zu verwenden, um Amerika ein angemessenes Angebot für die Rückzahlung eines Teiles ihrer Schulden zu machen, das es der amerikanischen Regierung ermöglichen würde, ihrerseits einem neu gewählten Senat Vorschläge über eine billige Schuldenregelung zu machen.

3. England wird wahrscheinlich auch Gelegenheit erhalten, durch eine Anleihe in Amerika seine Verbindlichkeiten aus dem Schuldenabkommen zu erleichterten Bedingungen abzutragen und die Kriegspartität von Pfund und Dollar wiederherzustellen.

Das Ergebnis der Verhandlungen der amerikanischen Staatsmänner mit den europäischen Premierministern wird in dieser Woche in Paris den Führern der französischen Oppositionsparteien von Hughes selbst mitgeteilt werden. Alsdann fährt Hughes nach Brüssel, um den Vergleich, der in London zustande gekommen ist, mit dem belgischen König zu besprechen. Es ist jetzt wiederum davon die Rede, daß Hughes auch Berlin besuchen wird. Die Ausführung des Berliner Kriegsplans dürfte aber davon abhängen, wie die Besuche in Paris und Brüssel verlaufen.

Nach Blättermeldungen dürfte Staatssekretär Hughes bereits am Sonntag in Berlin eintreffen.

Neue Schwierigkeiten?

London, 29. Juli. Ministerpräsident Herrriot hat, wie verlautet, gestern in einem Brief an Macdonald neue Vorbehalte sowohl bezüglich der Annahme des Kompromisses über die militärische Räumung, als über die endliche Auflösung in der Frage der Einladung an Deutschland getadelt gemacht. Der noch nicht abgeschlossene französisch-britisches-englische Vertrag über die Räumung und die Kompensationen, die von Herrriot dafür verlangt werden, sind die Hauptursachen dafür, daß die Vollkonferenz gestern von einer Einladung an Deutschland abgesehen und deren Zeitpunkt zu bestimmen den Delegationsführern überlassen hat.

Über diese neuen Schwierigkeiten verlautet: Ramsay Macdonald hatte den Standpunkt der englischen Regierung dahin umschrieben, daß England eine völlige militärische Räumung des Ruhrgebietes binnen sechs Monaten nach volliger wirtschaftlicher Räumung erwarte. Der späteste Termin für die militärische Räumung wurde, gerechnet auf Grund des ersten von der Konferenz angenommenen Termins für die Wirtschaftskonferenz, am 15. April 1925 vollendet sein müssen. Ramsay Macdonald hat ferner darauf hin gewiesen, daß England entschlossen ist, am 10. Januar 1925 die Kölner Zone gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu räumen und daß es "sehr ernste Bedenken" gegen eine auch nur vorübergehende Wiederbesetzung durch andere alliierte Truppen geltend machen würde.

Frankreich und Belgien haben gegenüber dieser englischen Vorstellung bereits am Sonnabend, als die Premierminister von Portsmouth nach London zurückfuhren, grundsätzlich ihr Einverständnis bekundet, die militärische Räumung des Ruhrgebietes so rasch wie nur möglich zu vollziehen. Innerhalb der belgischen und französischen Delegation wurde dann aber im Verlaufe des Sonntag und Montag ein lebhafter Widerstand gegen das von den Premierministern grundsätzlich angenommene Kompromiß geltend gemacht.

Letzte Telegramme über London.

London, 29. Juli. (PAT.) Nach Informationen der Havas-Agentur beprachen heute früh die Vorsitzenden der Delegationen in Anwesenheit des Barons Hayashi Yumans und Clementel die Ergebnisse der Arbeiten der ersten Kommission. In Abrechnung dessen, daß der englische Sachverständige Snowden seine Zustimmung zur Annahme der Vorschläge Theunis' und Vogans betr. der Garantien für die Finanzanteile, die Deutschland eine Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark gewähren sollen, ablehnte, sollen die französischen Delegierten neue Vorschläge machen, die in ihren Einzelheiten heute nachmittag bearbeitet werden. Diese Vorschläge würden darauf beruhen, daß man zu einem Schiedsspruch in allen Fällen greifen würde, in denen die Reparationskommission, die in der Frage der deutschen Unterlassungen zu entscheiden hat, nicht zu einem einstimmigen Einvernehmen gelangen würde. In diesen Fällen würde sie die Frage zur Entscheidung an drei Schiedsrichter, darunter einen amerikanischen, überweisen. Dieser Vorschlag, der im gegenwärtigen Augenblick noch nicht endgültigen Charakter trägt, entspricht den Bedingungen des Berliner Vertrags. Macdonald hat nach Informationen der Havas-Agentur die Idee wohlwollend aufgenommen, auf die sich der französische Vorschlag stützt. Von französischer Seite soll man die Absicht ausgesprochen haben, in London die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes, die im Dawesischen Plane nicht vorgesehen ist und damit nicht Gegenstand der Beratungen der Konferenz bildet, erst dann zu besprechen, wenn die Diskussion auf Fragen erweitert wird, welche die Sicherheit und die interalliierten Schulden betreffen.

London, 29. Juli. (PAT.) Nach Informationen der heutigen Tageszeitungen sollen die Termine für die militärische Räumung des Ruhrgebietes wie folgt festgesetzt werden: Am 15. August soll die deutsche Regierung wieder eingeführt werden und die Übernahme des Amtes durch den Generalagenten erfolgen. In der ersten Hälfte des September erfolgt die Aufhebung der Zollgrenzen zwischen den okkupierten und den nichtokkupierten Gebieten. Bis zum 9. Oktober sollen fünf Punkte, die von der Repara-

tionskommission gefordert werden, erfüllt werden und am 15. Oktober soll die Räumung des Ruhrgebietes erfolgen. London, 29. Juli. (PAT.) Nach einer Meldung des Reuter-Büros sind englische Kreise voller Hoffnung über die Ergebnisse der Konferenz und glauben daran, daß diese Ende der nächsten Woche nach Erzielung günstiger Ergebnisse geschlossen werden wird. Es wurde kein Besluß über den Termin der nächsten Plenarsitzung der Konferenz und auch nicht in der Frage der Einladung Deutschlands getroffen.

Diese Frage ging gegenwärtig in die Hände der Vorsitzenden der Delegationen über, die die Einladung an Deutschland ergehen lassen, sofern sie zu der Überzeugung gelangen, daß hierfür der geeignete Moment gekommen ist.

London, 29. Juli. (PAT.) "Daily Telegraph" teilt mit, daß sich Macdonald durch gewisse politische Vorgänge von Seiten Deutschlands gekränkt fühle. Macdonald habe wiederholt Deutschland die Anregung gegeben, in den Völkerbund einzutreten. Da ein entsprechender Antrag von Seiten Deutschlands nicht eingegangen sei, habe der Völkerbund seinen Generalsekretär Drummond nach Berlin gesandt, um Deutschland dazu zu bewegen. Das deutsche Auswärtige Amt habe Drummond erklärt, daß Deutschland den Bund nicht brauche, daß es jedoch auf den Wunsch Englands hin bereit sei, dem Völkerbund unter folgenden Bedingungen beizutreten:

Deutschland erhält einen standigen Sitz im Rat, worauf eine Revision der Traktatbestimmungen durchgeführt wird, die den polnischen Korridor betreffen. Deutschland erhält eine Art Mandat auf seinen ehemaligen Eisenbahnen unter Zuwendung gewisser Rechte zugunsten deutscher Gesellschaften. Diese lehnte Vorderung soll, wie das zitierte Blatt meint, Macdonald in der Überzeugung festgestellt haben, daß Deutschland zu hohe Forderungen stelle.

London, 29. Juli. (PAT.) Die Arbeiten der dritten Kommission, die bekanntlich über die Frage der deutschen Entschädigungszahlungen und der Verteilung dieser Zahlungen unter die alliierten Staaten referiert, gehen ihrem Ende entgegen. Es besteht die Hoffnung, daß diese Arbeiten schon in der heutigen Sitzung beendet werden. Was die zweite Kommission anbelangt, welche den Plan der Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bearbeitet, so hat diese Kommission einen entsprechenden Bericht in der gestrigen Plenarsitzung der Konferenz erstattet. Dieser Bericht wurde vom Plenum der Konferenz angenommen, jedoch noch nicht im offiziellen Communiqué zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Nach nichtoffiziellen Mitteilungen hebt der Bericht der zweiten Kommission hervor, daß der Standpunkt der Regierungen, die an der Frage des Ruhrgebietes interessiert sind, keine Veränderung erfahren hat, und daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes eine besondere Verständigung der Okkupationsmächte mit der deutschen Reichsregierung erfordere. Der Bericht zählt fünf Punkte auf, auf die die Reparationskommission Gewicht legt, und die die Ausführbarkeit des Dawesischen Plans betreffen, und sieht Einzelheiten über das Verfahren zur Wiederherstellung des Staates im okkupierten Gebiet vor. Nach weiteren inoffiziellen Mitteilungen soll die Kommission über die Wiedereinführung der Verwaltungsbehörden in den deutschen Gruben und Fabriken Beschluss erfaßt und eine Entscheidung in der Frage der Wiedereinführung der deutschen Staatsverwaltung im okkupierten Gebiet getroffen haben. Die Kommission soll ferner beschlossen haben, daß das erste Stadium der Räumung des Ruhrgebietes am 15. August zu erfolgen hat, jedoch mit dem Vorbehalt, daß Deutschland bis dahin entsprechende Befehle in Kraft treten läßt, die im Dawesischen Plan vorgesehen sind, und endlich unter der Bedingung, daß im Gebiet des Deutschen Reiches Agenten der alliierten Staaten ihre Tätigkeit aufnehmen, welche die Durchführung des erwähnten Planes überwachen. Die vollständige Räumung der okkupierten Gebiete soll etwa am 15. Oktober erfolgen, dagegen soll die Zollgrenze zwischen den okkupierten Gebieten und dem übrigen Teil Deutschlands etwa am 15. September aufgehoben werden.

London, 29. Juli. (PAT.) Heute in den Morgenstunden traten in der Residenz des Ministerpräsidenten in der Downing-Street die Vorsitzenden der Hauptdelegationen zu einer Konferenz zusammen. Die Beratungen währen etwa drei Stunden. Heute beriet auch die in der gestrigen Plenarsitzung einberufene Kommission der Reichsachverständigen. Die Kommission prüft im besonderen die Punkte F und H des französisch-englischen Memorandums vom 9. d. M. Außerdem fanden besondere Verhandlungen der einzelnen Gruppen der Konferenz mit Personen und Institutionen statt, die außerhalb der Konferenz stehen. Morgen sollen alle Kommissionen ihre Beratungen wieder aufnehmen.

Paris, 29. Juli. (PAT.) Der Ministerrat beschloß, daß in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer und des Senats ein Telegramm Herriotics zur Verlesung gelangt, das einen kurzen Überblick über den Stand der Arbeiten der Londoner Konferenz enthält.

Die deutsche Delegation.

Berlin, 28. Juli. Die deutsche Delegation für London ist noch nicht endgültig zusammengeföhrt. Sie wird aber der Königsh. Allg. Sig. zufolge ungefähr zwanzig Personen umfassen. Der Reichskanzler wird von dem Staatssekretär Dr. Bracht begleitet sein, sowie von dem Reichspreßchef Dr. Spicker. Der Außenminister wird den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Schubert, mitnehmen, der gleichzeitig Generalsekretär der deutschen Delegation ist, außerdem noch drei Vortragende Räte des Auswärtigen Amtes. Auch aus dem Finanzministerium werden vier Leute mitgehen. Das preußische Staatsministerium hat sich dafür entschieden, nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, den Staatssekretär Weismann, sondern den Ministerpräsidenten Braun zu entsenden, der dann vielleicht als offizieller Stimmenträger neben dem Reichsminister treten wird. Bayern hatte sich ursprünglich mit der Entsendung eines Verbindungssoffiziers in Gestalt eines Regierungsrates beschäftigt. Ob es aber nicht seine Disposition ändert, da Preußen den Ministerpräsidenten selbst schickt, steht noch nicht fest. Indessen ist die Ernennung der offiziellen Delegierten noch nicht erfolgt.

Deutschland als Reparationskolonie.

Im englischen "Evening Standard" ist zu lesen: "Bwar verwirft der Dawes-Bericht den Gedanken einer allgemeinen Finanzkontrolle. Aber die von seinen Verfassern erfundenen und vorgeschlagenen Methoden sind zu viel wirksamer. Ein wesentlicher Teil des deutschen Volkseinkommens und der Staatsinnahmen wird direkt in die Taschen der Alliierten stechen. Deutschlands Finanzkraft wird verkrümpt werden und seine politische und militärische Kraft nicht minder. Krieg kann schließlich ohne Geld geführt werden, weil eine Regierung im Kriege requirieren kann. Aber Rüstung zum Krieg erfordert methodische finanzielle Vorbereitung. Der Dawes-Bericht entwaffnet also Deutschland viel wirksamer, als irgendeine militärische Kontrollkommission es vermöchte. Da der Bericht ein Moratorium verhieß, fand er in Deutschland an verschiedenen Stellen eine nicht ungünstige Aufnahme. Nur einige bayerische Autoritäten waren weitblickender und erklärten mit vollem Recht, daß dieser Bericht Deutschland in eine Reparationskolonie verwandte."

Die angelsächsischen Rechtsarchitekten, die das kunstvolle Gebäude des Instruments von Versailles errichtet, waren

in ihrem gutmütigen Idealismus der Meinung, daß Deutschland freiwillig genug leisten werde. Daher sind in dem Vertrag keine hinreichenden finanziellen Zwangsmaßregeln vorgesehen, und infolge jener Täuschung scheiterten alle Versuche, von dem hohlräumenden Boche Geld zu bekommen. Aber die Dawes-Kommission bestand, Gott sei Dank, aus Finanzschwerverdächtigen!

Mit einer Geschicklichkeit, die gar nicht genug bewundert werden kann, haben sie sich jeder Ecke am Gitter der deutschen Kuh bemächtigt. Noch niemals ist eine Maschinerie von so raffiniert ausgeweitet und so schrecklicher Kraft angewandt worden, um ein ganzes Volk auszuquetschen. Noch niemals ist etwas derartiges einer Nation von fremder Macht aufgezwungen worden."

Poincaré redet weiter.

Paris, 28. Juli. Poincarés ergriff gestern gelegentlich einer Fahnenweihe in Versailles vor dem dortigen Verband der früheren Frontkämpfer zu seiner üblichen Rede das Wort. Mit einer teuflischen Ausdauer, so sagte er, habe Deutschland andauernd versucht, die Weltmeinung zu verschärfen und auf diejenigen, die die Aufgabe hätten, den Frieden zu retten, die Verantwortung abzuwälzen wollen, die Österreich und Deutschland freiwillig auf sich genommen hätten. Poincaré fuhr fort: Wenn es wahr ist, daß in gewissen Kreisen heute ein Wind des Despotismus weht, wenn man an gewissen Stellen Veute trifft, die das Herz nicht auf dem rechten Fleck haben und sich für die Fahnenflüchtigen und Deserteur einsetzen, dann sind die früheren Frontkämpfer noch da, um die Ehre in Anspruch zu nehmen, daß sie Frankreich gerettet und das Nationalgefühl aufrecht erhalten haben. Poincaré verlangte schließlich in der üblichen Form die vollkommene Reparationsleistung durch Deutschland, und daß man es Deutschland in Zukunft unmöglich machen soll, "seine Attentate auf den Frieden" zu ernennen.

Ein Spionagegefecht in Polen.

Wie polnische Zeitungen aus Warschau melden, sind in der letzten Zeit verschiedene Bombenanschläge auf Regierungsgebäude in Paris, Berlin und Rom verübt worden. Die Zentralbehörden in Warschau sollen nun gewarnt worden sein, daß in der Hauptstadt eine ganze Reihe verdächtiger Personen sich herumdrückt. Unlängst sei die Wohnung des Ministers Sikorski von Dieben heimgesucht worden. Vor einigen Tagen versuchte man erneut in die Wohnung des Kriegsministers einzubrechen. Aus dem Material, das die Unterforschungsbehörden in der Hand haben, geht hervor, daß man es mit einer gut organisierten Spionagegesellschaft zu tun habe, die es sich zur Aufgabe gemacht haben soll, diplomatische Papiere zu stehlen.

Republik Polen.

Der Bau polnischer Munitionslager auf Westerplatte.

Auf Westerplatte haben Arbeiten begonnen, die die Umgestaltung der Insel zu einem großen polnischen Munitionsdepot bezeichnen. Der einen Teil der Insel bedeckende Wald ist bereits abgeholt. Die Frage der Räumung der Häuser und Sommerhäuser soll in allerhöchster Stellung entschieden werden.

Die mit der Errichtung des Munitionslagers verbundenen Kosten betragen 6 Millionen złoty, die zur Hälfte von der Freien Stadt Danzig getragen werden müssen.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Studententag verlegt.

Der Verstand der Deutschen Studentenschaft teilt amtlich mit, daß der diesjährige für Juliuli nach Innsbruck einberufene 6. ordentliche Studententag in das Wintersemester verschoben wird.

Aus anderen Ländern.

Allgemeiner Belagerungszustand in Rumänien.

Bukarest, 30. Juli. Die rumänische Regierung hat den Belagerungszustand auf sämtlichen rumänischen Gebieten angeordnet, wo er im April d. J. bestanden hat. Der Militärrammandant in Bukarest hat gestern sämtliche öffentlichen Versammlungen verboten, die zum Zweck der Kritik der bestehenden staatsrechtlichen Einrichtungen einberufen werden sollten.

Politisches Attentat in Sofia.

Sonntagnachmittag wurde der Redakteur der in Sofia erscheinenden russischen Zeitung "Ruf" namens Kalinkow von unbekannten Tätern von der Straße aus in dem Augenblick erschossen, als er zu Bett gehen wollte. Kalinkow war Monarchist, so daß die Vermutung berechtigt ist, daß die Mordtat durch Kommunisten verübt wurde.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angehört.

Bromberg, 30. Juli.

Zur Verordnung über die Registrierung von Ausländern.

Mehrere Anfragen veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß für die Frage der Registrierung die Verordnung des Stadtpräsidenten vom 19. Juli 1924 "Deutsche Rundschau" Nr. 166 maßgebend ist. Danach haben sich sämtliche Ausländer einschließlich der Reichsdeutschen, d. h. der Personen, welche die Besitzer eines Reichspasses sind, zu melden, und zwar am 28. 7. die russischen und ukrainischen Staatsbürger, am 29. 7. die Bürger anderer Staaten außer Deutschland, am 30. 7. die deutschen Bürger (Reichsdeutsche), d. h. diejenigen Personen, welche nicht optiert haben, und zwar am 30. 7. mit den Anfangsbuchstaben der Namen A—H, am 31. 7. mit I—Q, am 1. 8. mit R—Z. In der Zeit vom 2. 8.—14. 8. haben sich zu melden die einseitigen und doppelten Optanten für Deutschland, und zwar am 2. 8. mit den Buchstaben A—B, am 4. 8. C—E, am 5. 8. F—G, am 6. 8. H—I, am 7. 8. K, am 8. 8. L, am 9. 8. M—N, am 11. 8. O—R, am 12. 8. S, am 13. 8. T—V, am 14. 8. W—Z.

Für die Kreise mit Ausnahme des Stadtkreises Bromberg gelten für die Registrierung die amtlichen Bekanntmachungen der Starosten in den betreffenden Kreisblättern (Drehblätter).

§ Liquidierungen. Nach dem "Monitor Polski" Nr. 166 und 168 hat das Posener Liquidationsamt unter dem 4. bzw. 11. Juli die Enteignung nachstehender Grundstücke beschlossen: Der Ansiedlung Lown (Kr. Schweidnitz) Nr. 4 Grundbuch Bd. 2, Blatt 31. Eigentümer Gustav Pasche, Hausgrundstück mit Garten in Rawitsch (Rawicz) Grundbuch Bd. 32, Blatt 237, Eigentümer Robert Kerber.

Bromberg, Donnerstag den 31. Juli 1924.

Pommerellen.

Schonzeit für Rebhühner.

Die Województwo Pommerellen hat die Schonzeit für Rebhühner bis zum 14. September 1924 einförmlich, und den Beginn der Schonzeit für Rebhühner auf den 17. November 1924 festgesetzt, d. h. der erste Jagdtag für Rebhühner ist der 15. September d. J. und die Jagdzeit währt bis zum 16. November 1924 einschließlich.

30. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

* Beide Stadtpräsidenten in Urlaub. Zurzeit haben unsere beiden Stadtpräsidenten ihren Urlaub und werden durch Herrn Stadtrat Lipowksi vertreten. Da dieser aber noch den Leiter des Bauamtes, Herrn Stolowski, mitzutreten hat, so sei es, wie der „Gl. Pom.“ schreibt, kein Wunder, daß unter solchen Umständen manche städtischen Arbeiten zu wünschen übrig ließen. Weiter meldet das genannte Blatt, daß die Absicht bestehen soll, zugunsten des Stadttheaters aufbaus eine Abgabe von 5 Groschen pro Straßeneinheit zu erheben. Ausgenommen sollen die Morgenstunden von 6—8 Uhr sein, in denen Arbeiter und Beamte zu ihren Berufsstätten fahren. *

A städtische Notstandsküche. Seit dem Kriege her besteht hier eine städtische Notstandsküche, in welcher besonders während des Winters an Bedürftige warme Mittagsfeste unentbehrlich abgegeben wird. In früheren Jahren war die Küche in der Gemeindechule in der Bruderstraße untergebracht. In letzter Zeit wurde sie auf das städtische Grundstück, welches von den Fischerischen Erben angekauft wurde, verlegt. In diesem Jahre bestand die Küche recht lange, bis spät in den Sommer hinein. Vor einigen Wochen hat sie nun ihre Tätigkeit eingestellt. Die Bedürftigen erhalten jetzt auf die Woche ein Brot kostenfrei verabfolgt. *

Thorn (Toruń).

+ Von der Weichsel. Seit dem Vortage um 6 Centimeter gefallen, befugt der Wasserstand am Dienstag Morgen nur noch 0,18 Meter über Normal. — Trotz dieser ungünstigen Tiefeverhältnisse ist immer noch Schiffssverkehr zu verzeichnen. So dampfte „Czartoryski Adam“ mit vier beladenen Kähnen im Schlepp nach Warschau ab; Dampfer „Königsklasse“ kam von dort und brachte einen Prahm mit Rennbooten Kongresspolnischer Rudervereine mit, der nach Brahmünde zur Teilnahme an der Allpolnischen Ruderegatta fährt. Dampfer „Brahmünde“ passierte ohne Ladung die Stadt auf der Fahrt. Von den hier liegenden Traufen schwamm eine weiter Stromab. **

+ Thorner Marktbericht. Die hauptsächlichsten Preise vom Dienstag-Wochenmarkt sind folgende: Butter 1,50 zł, Eier 1,20—1,30 złoty, Sauerküchlein 25 bis 40 Gr., Süßküchlein 50—60 Gr., Johanniskirschen 40 Gr., Stachelbeeren 50—60 Gr. je Pfund; Preiselbeeren 1 złoty pro Liter, Blaubeeren 15 Gr., Brombeeren 20 Gr., Himbeeren 25 Gr. pro $\frac{1}{2}$ Liter, Kohlrabi 30—40 Gr. pro Mandel; Mohrrüben 10 Gr. pro Bund, Kartoffeln 4 Gr. pro Pfund, Kartoffeln 10 bis 20 Gr. je Stück. Frische Hühnchen wurden mit 0,80 bis 1,50 złoty verkauft. — Vereinzelt war Kienholz angeboten, von welchem zwei Bunde 15 Groschen kosteten. Der Marktbetrieb war wiederum sehr reg. ***

+ Zum Bauarbeiterstreik in Thorn. An dem Montag Morgen wegen Lohnforderungen ausgetragenen Streik im Baugewerk beteiligen sich etwa zwei Drittel der hiesigen Maurer, wodurch sie die Arbeitgeber zur Bewilligung ihrer Forderungen zu bestimmen hoffen. Die Streitenden verlangen als Stundenlohn für die 1. Kategorie 1 złoty, für die 2. Kategorie 90 Gr., für die 3. Kategorie 80 Gr. und für die 4. Kategorie 60 Gr. Man rechnet mit der Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens Freitag dieser Woche. **

+ Ein Monstrokonzert — und zwar das erste seit der Kriegszeit — veranstaltete am Sonntag der Wirt im „Biegelei-Park“. Er hatte dazu die Kapellen der Thorner 63er und des 14. Inf.-Regts. aus der Nachbarstadt Włocławek verpflichtet, die einzeln und gemeinsam unter der Leitung ihrer Kapellmeister Grabowski und Witmann spielten. Das Programm enthielt durchweg gelegene Musik und seinen Höhepunkt bildete die tadellose Wiedergabe der „Faust“-Fantasie und der Ouverture „Wilhelm Tell“ von Rossini. Das das geräumige Gartenlokal vollständig füllende Publikum war sehr beifallsfreudig. **

+ Polizei auf Motorrädern. Vor einiger Zeit wurde, wie wir auch melden, vom Kreisamt beschlossen, sechs Polizeibeamte des Landkreises mit Motorrädern auszurüsten. Man wollte durch die Maßnahme die Polizei, die bisher beritten war, beweglicher machen und sie im Bedarfsfalle zu jeder Zeit unabhängig von anderen Verkehrsmitteln heranholen können. Die Motorräder sind inzwischen an die Polizei übergeben worden und die damit ausgerüsteten Beamten machen jetzt ihre Übungsfahrten. Natürlich erregten die uniformierten Motorradler in der Stadt Aufsehen, als sie hintereinander durch die Straßen fuhren. — Hoffentlich bewährt sich die Neuerung, die den Bewohnern des Landkreises jetzt schon das Gefühl größerer Sicherheit gibt. **

— Folgende Fundgegenstände können auf dem Rathaus, Zimmer 20, in Empfang genommen werden: mehrere Handtaschen mit Geldbörzgen, Schlüsselbund, lederne Handschuhe, Herrenhut, Strümpfe, ein photogr. Apparat, photogr. Platten, Kinderschuhe, Socken, Brosche, Krawatte, Knöpfe, Pelzkraggen. **

er. Culm (Chelmno), 28. Juli. Auf der im biesigen Kreise gelegenen Domäne Benzau brannten zwei Weizenstaaken auf dem Felde im Werte von 6000 złoty nieder. Das Feuer entstand durch böswillige Brandstiftung, und die Polizei ist den Tätern auf der Spur. — Im Dorfe Bienkowko, welches unmittelbar an der Weichsel liegt, wohnen mehrere Fischer. In einer Nacht der vorigen Woche wurden dem Fischer Lubiszewski ein Netz im Werte von 150 złoty, und dem Fischer Franz Gorski ein solches von 1000 złoty an Wert gestohlen. Als die polizeiliche Haussuchung bei allen Fischern vorgenommen wurde, fand man das Netz von Lubiszewski bei Gorski und das Netz von Gorski bei Lubiszewski. Beide hatten sich also gegenseitig bestohlen. Dem Weidenfabrikanten Trembecki wurden mehrere Bünd Weiden im Betrage von 100 złoty vom Lager gestohlen. Die Polizei ermittelte die Diebe in der Mühlenstraße. L.

c. Aus dem Kreise Culm, 29. Juli. Ein schwerer Gewitterregen traf gestern unsere Gegend. In kaum 15 Minuten fielen über 20 Centimeter Regen. Auch ein schweres Gewitter entlud sich. — Heute sind die Landwirte auf manchen Stellen schon wieder stark in der Ernte beschäftigt. Es werden die Stiegen umgestellt und teils auch schon eingefahren. Anderwärts wird bereits der neue

Roggengedroschen, um die Menschen zu beschäftigen. — Beim Maschinendruck erlitt der Landwirt Herbert Horrmann-Schönreich an der rechten Hand eine so schwere Verletzung, daß der Daumen abgerissen wurde. — Die Tracht der Bienen ist zum großen Teil beendet. Die Bienenwirte haben in letzter Zeit das Schleudern des Honigs eifrig gefördert. Der Honigertrag ist lange nicht so gut, als man ursprünglich annehmen konnte. Der Honigpreis ist auf 1,50 złoty normiert worden. Schwierig wird es sein, die Böller winterstark einzufüttern. Es macht sich in letzter Zeit eine starke Zuckerknappheit bemerkbar. Streuzucker ist in größeren Mengen kaum aufzutreiben. Angeboten wird Würfel- und Hutzucker, der aber wesentlich teurer ist. Mit dem Ankauf des steuerfreien denaturierten Zuckers hat man in den letzten Jahren nicht die besten Erfahrungen gemacht. Im Vorjahr traf der durch den Bienenzuchtverein bezogene versteuerte Zucker so verpietelt ein, daß manche Bestände für ihr längst eingezahltes Geld nur das halbe Quantum Zucker erhielten. Viele Böller konnten daher nicht genügend eingefüttert werden und sind über Winter eingegangen. — Hier ist auf einen recht guten Osterertrag zu rechnen. Besonders die gewöhnliche Hausplatte verpricht außerordentliche Erträge, wie man sie bereits seit Jahren nicht kannte. Die Preise dürften daher billig werden, da unter den heutigen Verhältnissen kaum mit einer ausreichenden Ausfuhr zu rechnen ist.

* Dirschau (Czeczn), 29. Juli. Ein jugendlicher Einbrecher ist von unserer Kriminalpolizei hier festgenommen worden. Es handelt sich um einen 15jährigen Burschen namens Johann Dobrzanski, welcher in der Nacht zum 24. d. M. in einer in der Wilhelmstraße belegenen Buchhandlung eingebrochen ist und dort Bücher, Hefte und Schreibutensilien im Werte von mehr als 100 złoty gestohlen hat. Als Helfershelfer fungierte ein gewisser Snopkow aus der Mauerstraße, wo auch die gestohlenen Sachen untergebracht wurden. Mittlerweile hatte sich der erstgenannte Bursche, der über kein festes Domizil verfügt, aus dem Staube gemacht, nachdem er von den gestohlenen Sachen einen Teil verkauft, ihm mutlos erscheinende Hefte aber verbrannt hatte. Er wurde aber in Liebenhoff gefasst und verhaftet.

Heute letzte Nummer

in diesem Monat. Wer seine Bestellung auf die Deutsche Rundschau noch nicht erneuert hat, hole es jetzt sofort nach. Beschweren Sie sich auch beim Postamt Ihres Bezirks, falls Unregelmäßigkeiten in der Zustellung eintreten sollten. — Wir bemerken noch besonders, daß Zeitungsbestellungen spätestens drei Tage vor Beginn des neuen Monats bei der dortigen Postanstalt unter Vorauszahlung des Bezugspreises erneuert werden müssen. — Bei später eingehenden Bestellungen liefert die Post die bereits erschienenen Nummern, soweit solche überhaupt noch zu beschaffen sind, nur auf ausdrückliches Verlangen und gegen Entrichtung

der Portogebühr v. 15 Groschen nach.

Ernteaussichten in Südpommerellen.

Die zeitweise eingetretenen Regenschauer in Abwechselung mit dem warmen Sonnenschein haben im Laufe von nur wenigen Wochen derartig fruchtbringend und wohltuend eingewirkt, daß selbst die durch Schneeschmelze erzeugten Fehlstellen sich sehr verkleinert haben, so daß die Felder vorne liegen ein besseres Aussehen — namentlich auf der Höhe — erhalten haben. Eine Abgabe von vier Fruchthalmen (Weizen, Roggen, Gerste und Hafer) ergibt folgende spezielle Beschreibung:

a) Weizen mit einer 10 Centimeter langen Ähre hat im Halm eine Länge von 1,40 Meter. Der starke Halm ist noch grün, einzelne Blätter haben etwas Blattrost. Das Korn befindet sich in der Entwicklung, ist gefund und verspricht eine gute Ernte zu liefern. Es wurden von einer Ähre 82 Körner gezählt.

b) Roggen hat eine Stengelhöhe mit einer 11 Centimeter langen Ähre von 1,50 Meter. Der Halm ist gefund und hat keine Roststellen. Das Korn geht der Keife entgegen und ist gut ausgewachsen. In einer Ähre waren 48 Körner vorhanden. Voraussichtlich wird der Roggen eine gute Ernte liefern.

c) Die Gerste hat zwar trotz der späten Bestellung (verabgert durch die Bodennässen) sich auch sehr gut entwickelt, da der Halm eine Höhe von 1,15 Meter — mit Einschluß einer 10 Centimeter langen Ähre — erreicht hat, aber das Korn ist im Wachstum noch sehr weit zurück, so daß jedesmal nur auf eine schwache Mittelernte zu rechnen sein wird. Bei dieser zweiteiligen Gerste wurden 26 Körner gezählt.

d) Der Hafer hat ebenfalls trotz der späten Aussaat sich gut entwickelt; Halm und 18 Centimeter lange Kornspitze haben eine Länge von 1,40 Meter. Auch hier kann der Körnerertrag nur mittelmäßig werden, zumal diese Fruchtart nur bei einer Frühsaat gute Erträge liefert.

Erbsgemeine verspricht einen guten Ertrag zu liefern. Auch der Klee, welcher mehrfach abgeerntet ist, läßt in der Erträge nichts zu wünschen übrig. Daselbe gilt vom Weizen; der Ertrag ist gut. Von den Kartoffeln ist mitzuteilen, daß sie sehr hoch im Kraut stehen, gesundes Aussehen haben und eine gute Ernte versprechen.

Die Ernteproben sind von einem mittleren Bauerngrundstück der Culmer Höhe entnommen. Der Bestatter ist ein intelligenter, freisamer und umsichtiger Landwirt. Er ist mit dem gegenwärtigen Stand seiner Früchte zufrieden und hofft eine gute Ernte zu erzielen. In den Niederungen sind die Erträge nur dort aufzufinden, wo die Stau- und Quellwasserschäden nicht hemmend und störend eingewirkt haben. Die Wiesenfrüchte sind größtenteils gut ausfallen und haben reichliches Guiter geliefert.

Reform des Kalenders.

Die Vorarbeiten des Völkerbundes für eine Festlegung des Osterfestes.

Die Einteilung des bürgerlichen Jahres, nach der wir uns bereits 1800 Jahre richten, hat den Nachteil, daß das Osterfest nicht wie die anderen großen Feste an einen bestimmten Tag des Kalenders gebunden ist. Immer wieder ist die Frage einer Festlegung des Osterfestes angeregt worden, denn das Pendeln des Festes hat in vielen Beziehungen Unzuträglichkeiten im Gefolge.

Da der Ostertermin in Abhängigkeit von den jeweiligen Mondphasen steht, so können Abweichungen bis zu 25 Tagen

eingetreten. Unter den Vorschlägen für die Festlegung des Osterfestes wurde am häufigsten jener empfohlen, nach welchem Ostern alljährlich auf die ersten zwei Sonntage des Aprils verlegt werden sollte. Aber abgesehen davon, daß mit diesem Vorschlag eine tatsächliche Stabilisierung nicht erreicht werden konnte, — da je nach dem Erscheinen des Vollmondes nach Frühlingsanfang der Ausschlag immer noch 6 Tage betrugen würde, — so übernahm man, daß der Vollmond, vom 22. März an, auf sehr verschiedene Tage fallen kann. Man würde also den Tag des Frühlingsanfangs, jenes Ausgangspunktes für die Festlegung des Osterfestes, verändern müssen, was zu einer Umgestaltung des bestehenden Kalenders geführt hätte, die nur international entschieden werden könnte.

In aller Stille hat nun der Völkerbund sich die Aufgabe gestellt, der Frage einer endgültigen Kalenderreform eine allseitig befriedigende Lösung zu geben. In einer in Paris tagende Kommission, die sich mit den Vorarbeiten für die Stabilisierung des Osterfestes beschäftigt, hat der Völkerbund eine Reihe namhafter Gelehrte, Vertreter fast aller christlichen Konfessionen, berufen. Gewissermaßen ein kleines Konzil, in seinen Bestrebungen ähnlich jenem großen Nicäischen Konzil vom Jahre 325, welches wir die noch heute gültige Einteilung des Jahres verdanken.

Damals wurde der Beschluss gefasst, Ostern in Abhängigkeit vom ersten Vollmond nach Frühlingsanfang, d. h. nach dem 21. März eines jeden Jahres, zu bringen, und auf den ersten Sonntag, der diesem Vollmonde folgt, fällt seitdem Ostern. Aber auch der 21. März mußte künftig fixiert werden, um einen festen Ausgangspunkt für die Festlegung des Osterfestes zu erlangen. Da dem Kalen die Vorauflösung der Mondphasen nicht geläufig sein konnte, so befaßten sich Jahrhundertelang staatlich oder kirchlich bestimmte Astronomen damit, die erforderlichen Daten für die Festlegung des Osterfestes zu liefern, und in alten Zeiten war die Kunst der Kalendermacher von einem besonderen Nimbus der Gefahrtheit umgeben. Jetzt bedient man sich dieser Bestimmungen am häufigsten der Formel des Mathematikers Gauss, der sogenannten Osterformel.

Da Ostern auf einen Sonntag fallen soll, und man erreichen will, daß nicht nur die Sonntage des Aprils, sondern alle Tage des Jahres immer auf denselben fallen, so muss man völlig mit dem bisherigen Kalender brechen, und einen neuen an seine Stelle setzen. Wie jetzt verlautet, hat sich auch die Kalenderkommission des Völkerbundes in diesem Sinne ausgesprochen; sie befürwortet einen Kalender von 364 Tagen an Stelle der jetzt üblichen 365. Jedes Jahr besteht dann aus genau 52 Wochen, wird aber einen Tag ohne Datum aufweisen müssen, welchen einzunehmen einzigt der Neujahrstag sich zu eignen scheint. Der erste Januar wäre dann der nächstfolgende Tag. Für die Schaltjahre müßte alle vier Jahre noch ein datumloser Tag eingeschoben werden. Mit einem solchen Kalenderjahr von 364 Kalendertagen und einem datumlosen Tage hätte die Stabilisierung des Osterfestes ihre endgültige Lösung gefunden. Oftmals fiel dann in jedem Jahre auf dasselbe Datum, wie das bei allen andern Fällen der Fall ist.

Das Material für die Lösung dieser Frage, welches die Kalenderkommission des Völkerbundes gesammelt hat, wird zurzeit geschafft, und danach allen Regierungen zur Einsicht und Stellungnahme zugesandt. Auf Grund der kirchlichen, astronomischen, juristischen und sozialen Gesichtspunkte, die eine Reformation des bestehenden Kalenders wünschenswert erscheinen lassen, soll dann nach zwei Jahren in Rom ein Weltkongress berufen werden, auf welchem die Frage der Kalenderreform in internationalem Rahmen entschieden werden soll.

Thorn.

Alle Arten

Manufaktur- u. Textilwaren

empfiehlt 1923

in größter Auswahl bei Engrospreisen im Detailverkauf

Dom Handlowy „Przemysl“

vorm. Jacob Hirsch

Toruń, Szeroka (Breitestraße) 44

(bisher nur Engrosgeschäft)

Für Beamte Rabatt.

Soeben erschienen (in deutschem Text):

Zollhandbuch

für Polen und Danzig

dritte Auflage, herausgegeben im Auftrage der Handelskammer zu Danzig von Dr. Bruno Heinemann, Syndicus der Handelskammer zu Danzig, Urnenbehörde für Handel und Industrie, Preis: 18 Danziger Gulden. Verkauf nach außerhalb unter Nachnahme auszüglich Porto.

Justus Wallis, Toruń, Szerola 34. 1923

Rüscher und Müzenmacher

Räherinnen

stellt ein 1923

C. Kling, Toruń, Szerola 7.

Färballeiterin

der poln. u. dtsc. Spe. in Wett u. Schrift m. sucht Filiale zu übernehmen od. auch andere selbständ. Stellg. Off. bitte u. h. 1362 a. Ann. Exped. Wallis, Toruń.

Drucksachen

aller Art fertigt in gleichmäßiger Ausführung

A. Dittmann, S. m. Bromberg, Wilhelmstraße 16.

Graudenz.

3 Glasschilder

1 in der Größe 87 X 4,70,

2 in der Größe 1,13 X 90,

zu kaufen gesucht. Offert mit Preis erbet. an P. Marschler, Grudziądz, Tel. 517.

Suche z. 1. IX. 1923

gute Penfion

in Grudziądz, für

Deutschen Privat-

Gymnasiums. Offerten

erbeten an Frau

Goetz, Gorzechów,

Hochheim, Jabel-

nowo.

Polnische Volksführer und Parteilager.

Über dieses Thema bringt die „Köln. Zeit.“ in ihrer Nummer 509 vom 21. Juli einen längeren Artikel, dem anscheinend weitere folgen werden. Der vorliegende Aufsatz gibt interessante Aufschlüsse über die Genesis und Entwickelungsgeschichte zweier großer Parteien, der Sozialdemokratie und Nationaldemokratie, und über das Wirken ihrer namhaftesten Führer. Wir entnehmen dem durch Sachkunde ausgezeichneten Aufsatz den auf die Nationaldemokratie und ihren Führer Roman Dmowsky bezüglichen Abschnitt.

Nachdem der Verfasser kurz dargelegt hat, daß die von der P. P. S. (Sozialdemokratie) begonnene Politik der Kampfbünde (Bojownik) keinen Erfolg hatte, da sie im polnischen Volke als Gesamtheit keine Stütze fand, fährt er fort:

Wie erwähnt, hatte ihnen die Sympathie ihrer eigenen Volksgenossen gefehlt. Ja noch mehr: deren stärkste Parteiorganisation hatte sich ihnen entgegengestellt; die Nationaldemokratie. Die Nationaldemokratie, die polnisch unter Polens Parteien, wie man sie genannt hat, war ursprünglich nicht viel anders als der patriotische Flügel der P. P. S. im Zeichen des Widerspruchs gegen die Ugoda, gegen die Versöhnungspolitik, gegen die „dreiache Loyalität“ in den drei Teilungsstaaten“ erwachsen. Man stand sich also von Hause aus nahe, es fand auffangs mancherlei Personalwechsel, ja Personalgemeinschaft zwischen hüben und drüber statt; man kannte sich eng und hakte sich dementsprechend. Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre hatte die Nationaldemokratie begonnen, sich zu mausern. Schrittweise entfernten sich ihre maßgeblichen Publizisten Poplawski, Balicki und Dmowsky von der Idee, im Bunde mit der sozialen Bewegung einen Aufstand vorzubereiten. Ihr Programm, das sie im Lemmerger „Przegląd Wschodni“ (Altpolnische Rundschau) seit 1890 verkündeten, wird das eines bürgerlichen Nationalismus. Der klassische Gedanke tritt dazu, vor allem antisemitisch aufgefaßt und wird bei der Bedeutung der Judenfrage in Polen zu einem der wirksamsten Bindemittel der weiteren Parteientwicklung, zu einem der aktivsten Charakterzüge des echten „Endeben“. (R. D. National-Demokratie.) Dadurch vertiefte sich gleichzeitig die Kluft gegenüber der P. P. S., in der Juden, die sich angepaßt hatten, eine erhebliche Rolle spielen. So führte die beiderseitige Bahn immer weiter auseinander. In der R. D. verstärkten sich die konservativen Einflüsse, wenigstens der Kreise, die sich für Lösungsworte für die Masse entschieden hatten und mit der neuen Methode die alte Führung in Händen zu halten gedachten. Es schlossen sich nach und nach Vertreter der Interessen des Grundbesitzes an, dann auch des städtischen unbeweglichen und beweglichen Kapitals, Handwerker, Beamte, und, als ein vor andern wertvoller Bundesgenosse, der politisch rüstigste Teil des polnischen Clerus.

Endgültig und unverhohlen wurde der Bruch mit den radikalen Unabhängigkeitsgruppen aber infolge der Wirren von 1905. Über die Trümmer der Gesellschaftsordnung hinweg gedachte die umgestaltete R. D. dem Freiheitshammer, das zudem andere voran trugen, keineswegs zu folgen. Im Gegenteil, die rote Gefahr rief zweiterlei Gegenwirkungen hervor. Erstens die Selbsthilfe der „Endeben“-Kreise gegen den auch sie keineswegs verschonenden Terror der sozialistischen „Bojownik“, denen man eigene, ihnen nachgebildete „Bojownik“ entgegenstellte; der Pistole der P. P. S. begegnete nun die Pistole der R. D., den Femurteilen und heimlichen Standgerichten von links antworteten Feme und Standgericht von rechts. Zweitens aber wurde die Nationaldemokratie durch die soziale Bewegung der russischen Regierung in die Arme getrieben. Die Sicherheit von Leben und Besitz ging vor, mochte physisch und endlich der Kosak sie gewährleisten. Ehe sie sich's versah, war die Nationaldemokratie, die einst gegen die „Ugoda“ protestiert hatte, selbst eine Kompromiß-, eine Ugoda-Partei geworden. Die Ugoda der R. D. bekam hierbei ein besonderes Gesicht, da der Scheitelpunkt ihrer Tätigkeit sich in Kongresspolen befand. Roman Dmowsky stammte von hier; als Sohn eines Subalternbeamten war er in der Warschauer Vorstadt Praga 1864 geboren; neben seiner politischen Tätigkeit übte er in Warschau Rechtsanwaltspraxis aus. Als er 1906 in die erste russische Duma gewählt wurde, entsandte Kongresspolen fast lauter Nationaldemokraten ins russische Parlament; Dmowsky wurde der Vorsitzende der polnischen Fraktion.

Unter seinem Einfluß trat ein weiterer Charakterzug der Nationaldemokratie mit zunehmender Schärfe hervor. Dmowsky war ein Bewunderer der Staatskunst Bismarcks, wovon seine Broschüre „Gedanken eines modernen Polen“ (Lemberg 1903) Zeugnis ablegte; aber er hakte Bismarcks Werk: das von Preußen geführte machtvolle Deutsche Reich. Da der deutschen Überlegenheit auf allen Gebieten sah er die größte Gefahr der Entnationalisierung Polens; von der Macht und Stärke des Fortschreitens der deutschen Macht nach Osten aber hatte er abergläubische Vorstellungen. Der Kampf gegen das Deutschtum gehörte daher zum Kern seiner Lehre, die, schon früher vertreten, 1908 abgerundeten Ausdruck in Dmowskys wichtigster Programmdoktrin fand, die er „Deutschland, Russland und die polnische Frage“ nannte. Sie war ein einziger bedrohter Verbreitungsraum des Russlands Gunst, voll heißen Begehrungs, es gegen Deutschland auf alle Weise einzunehmen, gespielt mit Entstellungen und Schreckmitteln, um es mit Deutschland auf alle Weise zu verhindern. Dieser Zweck beherrschte ihn, für diesen Preis war ihm alles fehl. Das polnische Volk, so erklärte Dmowsky, hätte die Bestrebungen für die Wiederherstellung eines eigenen Staates fallen lassen. An anderer Stelle seines Buches sieht man auch heute mit Interesse, daß Dmowsky Wilna, Grodno und die weißrussischen Grenzmarken mit dem Bemerkung eröffnet, sie seien „kein polnisches Gebiet“; er beansprucht nicht, daß sie an der für Kongresspolen geforderten Autonomie teilnehmen. Polen brauche keine Ostmarken, kein Volkswerk gegen Osten mehr. Polen sei selber vor allem ein Volkswerk gegen Westen, ein Schutzbau gegen das Vordringen des Germanentums. An alles, was diesem Gedanken ähnlich sein könnte, wollte Dmowsky appellieren. Das führte dazu, daß er zur besseren Bewährung und Beurteilung seiner Aussichtsblicke auch den in Polen wenig Kredit genießenden Pan-Slawismus verachtet — die Polen sahen darin nicht mit Unrecht nur einen Deckmantel des Pan-Slawismus. Dmowsky aber reiste nach Moskau und Prag und tauschte Händedrücke mit dem Grafen Bobrinski auf den „neu-slawischen“ Kongressen.

So ging er mit vollen Segeln. Was war der Endzweck? In seinen lebten 1924, seit April dieses Jahres, in der „Gazeta Warszawska“ erscheinenden Erinnerungen „Wie Polen wiederhergestellt ward“ legt Dmowsky sich selber aus und findet, wie es der Bereich der Memoiren schreibt, ist, er habe so und nicht anders handeln müssen, weil er die weltpolitischen Ereignisse kommen sah, so wie sie hernach tatsächlich gekommen sind, wofür denn seine Politik die beste Vorbereitung im polnischen Interesse gewesen wäre. Solche Befürchtungen werden von bestechenden Seitenblicken auf Cavour und Bismarck begleitet. Es ist ohne Zweifel schwer, Richter in eigner Sache zu sein. Man kann die Dinge jedenfalls auch anders, als Dmowsky es tat, sehen. In seinem Werben um Russland, in seinem Sichbegnügen mit einem ethnographischen Polen zeigt sich, ohne Vergrößerungsglas betrachtet, ein praktischer Opportunitismus, dem

man als vernünftig gewiß alle Gerechtigkeit widerfahren lassen kann, der aber — wie es denn auch dem Antrag der polnischen Dumafraktion vom April 1906 entsprochen hätte — bestenfalls zur Selbständigkeit für Kongresspolen führen konnte, für den Führer der stärksten polnischen Partei aber zum Posten eines Minister-Staatssekretärs im russischen Ministerrat, den der erwähnte Aprilantrag nicht unterlassen hatte vorzumerken. Den deutschen Papans brauchte man als fördernden Umstand für solche Wünsche.

Zunächst freilich blieben selbst die nächstliegenden Erfolge aus. Die Bemühungen Omowskis fanden in Petersburg keinen Ablauf. Der erwähnte Antrag der Polenfraktion, die brav für Budget, Militärgesetz und Stolypins Agrarreform gestimmt hatte, kam gar nicht zur Abstimmung. Denn das Rad sollte noch weiter zurückrollen. Im Juni 1907 führte ein Uras des Zaren ein verändertes Wahlgesetz ein, das die Zahl der Mandate Russisch-Polens von 37 auf 14 verringerte. Als danach noch der große polnische Schulverein „Macierz Szkoła“ geschlossen wurde (Dezember 1907) und Anfang 1909 Stolypin einen Gesetzentwurf einbrachte, wonach zum Zwecke wirkamerer Russifizierung das „Cholmer Land“ vom „Weichselgebiet“ abgetrennt werden sollte, begann die Nationaldemokratie ihre Monopolstellung im Lande zu verlieren, und Omowsky selber mußte nicht nur den Vorsitz in der polnischen Dumafraktion, sondern zeitweilig auch sein Abgeordnetenmandat niederlegen.

Der Streit in Oberschlesien.

Ruhiger Verlauf.

Kattowitz, 28. Juli. Dank den Maßnahmen der Behörden ist der gestrige Tag ruhig verlaufen. Die Sicherheitsbehörde hat die Abhaltung des behördlich unterfangen kommunistischen Kongresses verhindert. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind in den letzten Tagen mehrere kommunistische Agitatoren in Oberschlesien verhaftet worden.

Am Sonnabend fanden Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Industriellen unter Vorsitz des Vertreters der Regierung Ulanowski statt. Infolge der Divergenz zwischen den Ansichten der beiden Parteien ist die Angelegenheit dem Schiedsgericht zur Entscheidung überlassen worden. Auf diese Weise beginnt in den Verhandlungen über die Lohnfrage eine neue Phase, die hoffentlich ihr letztes Stadium bilden wird.

Nach Mitteilungen der Wojewodschaft stellt sich die Streiklage folgendermaßen dar:

Der Streit in den Hüttenwerken soll ein Protest gegen die Arbeitsverlängerung und die beschäftigte Lohnreduktion sein. In der größten Hütte, der Bismarckhütte, hat schon während des Streikes der größere Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Gegenwärtig sind zwischen den Arbeitern und den Industriellen Verhandlungen im Gange, an denen Vertreter der Regierung und der Wojewodschaft teilnehmen. Die Stimmung bei den Verhandlungen war versöhnlich, weshalb die Annahme begründet ist, daß der Streit in einigen Tagen liquidiert sein wird, insbesondere deshalb, weil die Arbeiter in der Kohlendepotfrage gewisse Vorteile erlangt haben, denn statt einer 50prozentigen Herabsetzung soll nur eine 10- bis 20prozentige (ledige und verbrauchte Arbeiter) erfolgen und der Termin für die Herabsetzung der Löhne ist auf den 1. Oktober verschoben worden. Der Verlauf des Streikes ist ruhig, trotzdem die Kommunisten versucht haben, die Führung für ihre Zwecke auszunützen.

Die Polizeidirektion hat aus Sicherheitsgründen während des Streikes den Ausschank alkoholischer Getränke verboten.

Die Kautschukindustrie in Polnisch-Oberschlesien.

Die Kautschukindustrie in Polnisch-Oberschlesien befindet sich in staatlichen Händen. Die Chorzower Stichhöfe sind von riesigem Umfang; sie wurden im Verlaufe des Krieges errichtet und sind nach dem Kriege von deutscher Seite erheblich erweitert worden. Seit der Einverleibung dieses früher reichsdeutschen bedeutenden Staatsbetriebes in polnisches Staatsbesitztum sind verschiedene Wandlungen im Betriebe vorgenommen, die den Geschäftszweck des Werkes erheblich beeinträchtigt haben. Der insländische Absatz ist im großen und ganzen zufriedenstellend, da Polen, das früher seinen Bedarf an Stichstoff für die Landwirtschaft zum großen Teile aus dem Deutschen Reich beziehen hat, in der Lage ist, jetzt nicht nur den Auslandsabsatz zu befriedigen, sondern wesentliche Mengen von Stichstoff an das Ausland abzugeben. Auf die Debüttung des Auslandsabsatzes ist die polnische Regierung in jeder Weise bedacht. Wie weit die polnischen Betreibungen, den Stichstoff nach Deutschland auszuführen, Erfolg gehabt haben, läßt sich noch nicht genau übersehen. Daß diesbezüglich vor längerer Zeit große Anstrengungen gemacht wurden, ist bekannt. Die reichsdeutsche Landwirtschaft braucht in der Regel 70 000 Tonnen Kautschuk jährlich, der, soweit er aus Polen zur Einführung gelangt, jedesmal einer speziellen amtlichen Erlaubnis, importiert zu werden, bedarf. Anger nach Deutschland wird der polnische Stichstoff auch in die Tschechoslowakei in erhöhtem Grade ausgeführt. Während sich der polnische Staat von dem Bezug von Rohstoffen für die Chorzower Stichhöfe vom Deutschen Reich ganz unabhängig gemacht hat (Kalt wurde früher in bedeutenden Mengen aus dem Oppelner Gebiet bezogen und wird jetzt lediglich aus Kongresspolnischen und galizischen Gruben verwendet), sucht er seine Erzeugnisse andauernd in Deutschland unterzubringen, wie aus den Angeboten hervorgeht, die ständig einlaufen. Die Produktion in den Chorzower Stichhöfen ist bedeutend gestiegen worden, und da in Polen selbst der Konsum verhältnismäßig niedrig ist, werden die östlichen Länder beliefert, soweit sich das ermöglicht lässt. Bis jetzt kann man sagen, daß der Absatz nach den Oststaaten nur sehr langsam voransteht. Dagegen ist es gelungen, den Stichstoff aus Polen nach Italien und Frankreich erheblich zu erweitern, zum Teil auch nach Belgien. Ob sich die Produktion von Ammonium und Salpeter, die die Chorzower Werke ebenfalls betreiben wollen, lohnend erweisen wird, steht noch dahin. Jedenfalls sind diesbezügliche Errichtungen getroffen worden. Überhaupt sind noch verschiedene Verbesserungen des Chorzower Werkes geplant, die allerdings erst durchgeführt werden können, wenn ein ausländisches Kapital an den Werken beteiligt, was im Laufe sein soll.

Der reichsdeutsche Bezug von Stichstoff aus Polen wird, wenn er überhaupt in Frage kommt, auch in kommender Zeit nur gering sein, zumal die deutsche Gesamtproduktion an künstlichen Stichstoffmitteln ständig größer wird. Polnischseitig wird fortwährend versichert, daß keinerlei Hemmnisse im Weg gelegt würden, falls die Landwirtschaft Deutschlands ihre Eindellungen an Stichstoff, so weit es nötig ist, aus dem polnischen Werke bezorgen würde. Angesichts des Umstandes, daß die bestehenden innerdeutschen Werke ihre Betriebe immer mehr zu erweitern suchen, damit sie ihre Produktion auf den Höchststand zu bringen in der Lage sind, ist wenig Aussicht für eine in die Wagschale fallende Stichstofffuhr aus Polen vorhanden. Von den 350 000 Tonnen Stichstoff, die die deutsche Landwirtschaft jetzt durchschnittlich jährlich verbraucht (vor dem Kriege waren es etwas über 200 000 Tonnen), wurden 300 000 Tonnen bis jetzt in Deutschland selbst hergestellt; es ist also anzunehmen, daß es gelingen wird, nach und nach den gesamten Bedarf aus dem Inlande zu decken.

Die Chorzower Stichhöfe sind schon seit Juli 1922 in polnischen Händen, und zwar auf Grund des Vertrages, laut welchem in allen Fällen, in denen der deutsche Staat in den Grundbüchern der Wojewodschaft Schlesien als Eigentümer eingetragen war, an seine Stelle der polnische Staat als Eigentümer kommt. Die Betriebsleitung ist vollständig polnisch, und deutsche Facharbeiter sind vielfach durch polnische ersetzt worden, soweit die Leistungsfähigkeit der letzteren dies zuläßt. Früher waren mehrere hundert deutsche Betriebsbeamten in dem Werke beschäftigt, die zum größten Teil ausgeschieden und durch polnische ersetzt worden sind. An Rohstoffen ist seit längerer Zeit kein Mangel gewesen, da sie zumeist im Inlande zu haben sind, zum Teil aus Frankreich bezogen werden.

Johannes Oskar Gottgetreu.

Handels-Rundschau.

Königsberger Radiomesse. Welche Bedeutung das modernste Verkehrsmittel, der Rundfunk, erlangt hat, wird die 9. Königsberger Ostmesse, die vom 10. bis 13. August stattfindet, allen Besuchern anschaulich vor Augen führen. In der technischen Halle wird eine besondere Radiomesse veranstaltet. Dort sind zahlreiche leistungsfähige Firmen mit den Apparaten aller erprobten Systeme vertreten. Die „Ostmarken-Rundfunk-A.-G.“ richtet auf der Radiomesse eine Beratungsstelle ein, auf der Interessenten von unparteiischen Sachverständigen jede gewünschte Auskunft über das Radiowesen erhalten. Auch der „Ostdeutsche Rundfunkclub“ wird auf der Königsberger Radiomesse Auflärungsarbeit tun. Da der Sender der „Ostmarken-Rundfunk-A.-G.“ der von der Königsberger Ostmesse betrieben wird, in den Meistertagen fast ununterbrochen arbeitet und eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung darbietet, hat jeder Besucher der Königsberger Ostmesse die Möglichkeit, die einzelnen Systeme zu vergleichen, ihre Vorzüglichkeiten und festzustellen, was sich für seine Sonderzwecke am besten eignet. In Oberschlesien sind in wenigen Wochen mehrere Tausend Teilnehmer an den Rundfunk angeschlossen. Der Siegeszug des Rundfunks setzt sich ununterbrochen nach Osten fort, so daß in wenigen Jahren auch der einheimische Bauernhof durch den dünnen Draht der Antenne auf dem Hausdach dauernd mit dem Weltgeschehen verbunden sein wird.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 29. Juli. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 28,70, 28,81—29,50; Holland 198,05, 199,00—197,00; London 22,78, 22,88—22,66; New York 5,18½, 5,21—5,16; Paris 26,30, 26,42—26,16; Prag 15,37½, 15,45—15,30; Schweiz 95,42, 95,80—94,95; Wien 7,82½, 7,85—7,25; Italien 22,45, 22,50—22,84. — Devisen: Dolar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 29. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Rentenmark 185,785 Geld, 186,465 Brief; 100 Notg. 109,47 Geld, 110,03 Brief; 1 amerikanischer Dollar 5,6955 Geld, 5,7245 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief; Berlin 100 Billionen Reichsmark 185,785 Geld, 185,785 Brief; New York 1 Dollar 5,8855 Geld, 5,7145 Brief; Holland 100 Gulden 217,20 Geld, 218,30 Brief; Zürich 100 Franken 104,81 Geld, 105,14 Brief; Paris 100 Franken 29,18 Geld, 29,32 Brief; Warschau 100 Notg. 109,10 Geld, 109,65 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	An Billionen		In Billionen
	29. Juli	28. Juli	
Geld	Brief	Geld	Brief
Nuens-Aires . 1 Rpf.	1.355	1.363	1.345
Japan . . . 1 Den.	1.715	1.725	1.715
Kontinentalei 1 t. Pfds.	2,13	2,15	2,15
London . 1 Pf. Srl.	18,415	18,505	18,43
Newark . . 1 Doll.	4,19	4,21	4,21
Rio de Janeiro 1 Mil.	0,395	0,405	0,395
Amsterdam . . 100 FL.	159,95	160,75	160,80
Brüssel-Antw. 100 Fr.	19,25	19,35	19,30
Christiansia . . 100 Kr.	56,51	56,79	56,64
Danzia . . 100 Gulden	73,42	73,78	74,03
Helsingfor 100 finn. M.	10,47	10,53	10,47
Italien . . 100 Lira	18,10	18,20	18,20
Jugoslavien 100 Dinar	4,94	4,96	4,96
Kopenhagen . . 100 Kr.	67,53	67,87	67,73
Lissabon . . 100 Escudo	11,27	11,33	11,33
Paris . . . 100 Fr.	21,15	21,25	21,50
Praq . . . 100 Kr.	12,405	12,465	12,505
Schweiz . . . 100 Fr.	77,08	77,44	77,44
Sofia . . . 100 Lev.	3,01	3,03	3,03
Spanien . . 100 Pes.</			

Die Preise der für Militärzwecke anzukaufenden Pferde. Die für Militärzwecke anzukaufenden Pferde werden folgende Orientierungsspreise haben: vier- bis sechsjährige Offiziersreitpferre mit Hertunstabscheinigung bis 1000 Bl., ohne Bescheinigung 900 Bl., Soldatenreitpferde mit Bescheinigung 900 Bl., dreijährige Offiziersreitpferde bis 900 Bl., ohne Bescheinigung bis 850 Bl., für Pferde, die von dem Verkäufer selbst geäugt worden sind, werden 10 Prozent mehr gezahlt. Die Pferde werden an Ort und Stelle sofort nach dem Ankauf bezahlt, Händler und Vermittler sind ausgeschlossen.

* Zur 5. Allpolnischen Ruder-Ragatta (am kommenden Sonntag auf dem Holzhafen bei Brahemünde) haben 286 Ruderer in 59 Booten gemeldet. Ausgefahrene werden zwölf verschiedene Rennen, von denen vier bereits am Sonnabend und acht am Sonntag zur Entscheidung kommen. Um die Polnische Rudermeisterschaft und gleichzeitig um den Pokal des "Sofol" aus Krakau bewerben sich diesesmal sechs Vereine, darunter "Bydgoskie Towarzystwo Wioślarskie" (Bromberger Ruderverein). Dieser hatte bereits zweimal den Meistertitel inne, konnte ihn allerdings in den beiden letzten Jahren nicht wieder erringen.

* Der heutige Wochenmarkt zeigte gutes Angebot an allen Marktwaren und recht regen Verkehr. Gefordert wurden folgende Durchschnittspreise (in złoty): Butter 1,75-2, Eier 1,25-1,40, Enten 4, Hühner 2,50-3, Tauben Stück 0,75 bis 1, Mohrrüben 0,10, junge Zwiebeln 0,30, Käpfisalat 0,10, saure Kirschen 0,25-0,30, Stachelbeeren 0,40, Blaubeeren 0,20 saure Kirschen 0,25-0,30, Stachelbeeren 0,40, Blaubeeren 0,20 bis 0,25, Birnen 0,50, Tomaten 0,80-0,90, Äpfel 0,60, Erdbeeren 1-1,20, Weißkäse 0,20, neue Kartoffeln Pfund 4 Gr. In der Markthalle forderte man für Schweinefleisch 0,85, Hammelfleisch 0,55, Kochwurst 0,80, Dauerwurst 1,20, Schleife 1,80, Schiefe 1,80, Kalb 2.

* Um einen Karton mit Schuhen bestohlen wurde eine Landfrau, als sie in der Bäckerei Bahnhofstraße (Dworcowa) 53 eine Tasse Kaffee trank. Eine andere Frau betrat zu der Zeit den Laden, kaufte einige Backwaren und benutzte die Gelegenheit, um den bestohlenen Karton, als die Landfrau gerade nicht achtete, zu stehlen. — Also Vorsicht!

* Diebstahl. Während des Invalidenfestes im Schützenhaus am Sonntag wurde einem Teilnehmer seine Brusttasche entwendet, die u. a. Papiere auf den Namen Karl Samora enthielt.

* Festgenommen wurden gestern fünf Personen wegen Diebstahls, eine Sittendame und zwei Buhälter.

Bvereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z. Das heutige Ensemble-Gastspiel erster Mitglieder des Danziger Stadttheaters ist — darauf sei nochmals besonders hingewiesen — die letzte theatralische Veranstaltung und das Theater bleibt nunmehr auf vorläufige unbestimmte Zeit geschlossen. Bedeutend ist außer mit seinem Einakter "Der Kammerländer" und "Musik" in Bromberg überhaupt noch nicht zu Worte gekommen. In "Erdgeist" beweist er jedoch, daß er sich auf witzigvoll aufzubauende, formgerechte Dramatik sehr wohl versteht. Dass ihm seine oft frage Realistik nicht gefällt ist und daß in ihm der ehrlich wollende Dichter vorherrschte, darüber dürften jetzt, nach abschließender Betrachtung seines Lebenswerkes, die Meinungen fast wohl geklärt haben. Sein "Erdgeist" steht jedenfalls unter den Dramen neuerer Richtung mit in erster Reihe, und wir danken es den Danziger, daß sie die Tat mit dem für den Darsteller nicht einfachen Stück unternommen haben. (1928)

Kreislehrverein Bromberg-Land. Monatsbildung am 2. August, vormittags 10 Uhr, bei Kleinert (Schlesienau). (1928)

Werkmeisterverein Posen. Sonnabend, den 2. August 1924, Monatsveranstaltung, Anfang 7 Uhr abends, um 6 Uhr Vorstandssitzung. Der Vorstand. (1928)

* Gnesen (Gniezno), 28. Juli. In der Nacht zum Sonntag brannte in Falkowo ein Stall und Scheune des Bäckermeisters Swiderski nieder. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

* Grätz, 28. Juli. Auf dem Gebiete des Dominiums Mlyniew wurde heute der seit dem 18. d. M. spurlos verschwundene 54jährige Heldhüter des Dominiums Andreas Poznański als Leiche aufgefunden. Da die Leiche bereits vollständig verwest war, konnte nicht sofort festgestellt werden, ob Mord oder Selbstmord vorliegt.

* Innowroclaw, 29. Juli. Am Sonnabend, 26. d. M., wurde im hiesigen südlichen Krautenhause der 24jährige Chauffeur Józef Wierzchowski eingeliefert, der, wie er selbst zugab, in betrunkenem Zustande in rasender Fahrt die Chaussee entlang fuhr und die Macht über das Steuer verlor, auf einen Baum auffuhr. Der Anprall war derart heftig, daß der Chauffeur mit voller Wucht an die Fensterscheine geschleudert wurde, wobei ihm der Magen, der Dickdarm und der Knöpfingerdarm in einem Umfang von 20 Centimetern aufgerissen wurde. Die sofort vorgenommene Operation blieb infolge ohne Erfolg, als bald danach Bauchfellentzündung eintrat, so daß das bedauernswerte Opfer des Alkohols gestorben in den Morgestunden unter ärztlicher Obhut verschied. — Als glückliche Rettung des Schicksals ist es zu betrachten, daß die drei Insassen des Automobils ohne jedwede Verletzung davokamen. — Gestern vormittag ereignete sich auf dem Bau des neuen Schachtes an der Chaussee nach Matwin ein bedauerlicher Unfall, der den Tod eines jungen Menschen zur Folge hatte. Hier befindet sich zur Inbetriebsetzung der elektrischen Motoren eine Starkstromleitung, und der 19-jährige Arbeiter Karol Kull wurde hier angefressen, um darauf zu achten, daß niemand der vorübergehenden Arbeiter mit der Leitung in nähere Berührung komme. Er selbst aber berührte gestern vormittag die Drähte der Leitung, worauf er vom Strom getroffen, auf der Stelle als Leiche zusammenbrach.

* Lissa, 26. Juli. Der Magistrat gibt die neue Satzung über die Erhebung einer städtischen Luxussteuer bekannt, welche die Genehmigung des Magistrats erhalten hat und sofort in Kraft tritt. Diese Steuer wird erhoben von Kutsch- und anderen Wagen, Autos und Motorrädern und beträgt für eine Kutsche 55 złoty, ein Kupee 25, einen Spazierwagen 25, für ein Auto für zwei Personen 60, für vier Personen 80, für sechs Personen 100, für mehr als sechs Personen 120 złoty, ein Motorrad hat 30 złoty zu zahlen. Befreit von der Steuer sind Krate, Tierärzte, Staatsbeamte und Gesetzliche und Unternehmungen, welche die Gefährt zur Ausübung ihres Berufes benötigen. Die Rate für das erste Halbjahr 1924 ist sofort zahlbar.

* Posen (Poznań), 29. Juli. Die alten evangelischen Friedhöfe werden von Freiern heimsucht, die Blumen und Pflanzen abbrechen und Grabsteine und Kreuze in unerbittlicher Weise zerstören oder ganz rausen. Besonders der Friedhof der Kreuzkirchengemeinde an der Halbdorfstraße bietet einen solchen Anblick der Verwüstung.

Polnisch-Oberschlesien.

* Katowice (Katowice), 28. Juli. Unsere Stadt ist um eine Sensation reicher geworden. Bei der Kohlenexportfirma Caesar Wohlheim, die auf der Teichstraße eine Zweigniederlassung unterhält, sollen zum Zweck der Täuschung unrichtige Eintragungen in den Geschäftsbüchern vorgenommen worden sein, in der Absicht, den Steuerfiskus zu schädigen. Es fanden in den Geschäftsräumen Durchsuchungen und Beschlagnahmen von Büchern statt. Wie die "Ratt. Bdg." hört, soll bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen die Kohlenfirma, die zu den größten Kohlenexportfirmen gehört, eingegangen sein. Die Staatsanwaltschaft griff ein und leitete die Untersuchung ein. Die Art und Höhe der hinterzogenen Steuer, falls eine solche erfolgt ist, wird die Prüfung der Bücher ergeben.

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 29. Juli. Vor einigen Tagen wurde von der Boppoer Kriminalpolizei auf dem dortigen Bahnhof der in Galizien geborene Druckereimaschinenmeister Ludwig Wilder verhaftet. Er war von Berlin nach Boppo gefommen, um dort falsche Einträge zu machen, die er wahrscheinlich in Berlin angefertigt hatte, abzusehen. In Boppo wurde jedoch sehr bald die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam, weil er schon einmal dort war und gefälschte 25-Gulden-scheine in den Verkehr gebracht hatte. Damals gelang es ihm, den Freistaat wieder ungehindert zu verlassen. Diesmal hatte der Fälscher jedoch weniger Glück. Die Kriminalpolizei sah ihn in dem Augenblick, als er im Begriff war, nach Posen weiterzureisen, wahrscheinlich, um auch dort seine Fälsifikate "an den Mann" zu bringen. Bei der Verhaftung wurden ihm übrigens nicht weniger als 600 falsche Einträge abgenommen.

Wiehmarkt,

Bromberger Schlachthausbericht vom 29. Juli. Geschlachtet wurden am 26. Juli: 26 Stück Rindvieh, 38 Kalber, 194 Schweine, 183 Schafe, 0 Ziege, — Pferd, — Ferkel; am 28. Juli: — Stück Rindvieh, — Kalber, 6 Schweine, — Schafe, — Ziege, 0 Pferde, am 29. Juli: 18 Stück Rindvieh, 56 Kalber, 201 Schweine, 42 Schafe, 1 Ziege.

Es wurden den 29. Juli folgende Engrospreise für 1 Pfund notiert:

Rindfleisch:	Schweinfleisch:
I. Klasse 0,58-0,60 Bl.	I. Klasse 0,73 Bl.
II. " 0,50-0,53 "	II. " 0,67 "
III. " — "	III. " 0,62 "

Rindfleisch:	Hammelfleisch:
I. Klasse 0,67-0,70 Bl.	I. Klasse 0,48-0,55 Bl.
II. " 0,50 "	II. " — "
III. " — "	III. " — "

Hauptchristleiter: Gotthold Starke, z. Z. in Urlaub; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Krause; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: "Der Haussfreund" Nr. 70.

Vornehmstes KINO-THEATER

NOWOSCI

Treffpunkt des eleg. Brombergs

Heute, Mittwoch, Premiere!

„Das Kind der Sünde“

Rührendes und stark spannendes Drama in 7 Akten.

In der Hauptrolle: Stanisława Gallone.

Regie des namhaften Carmine Gallone.

1923

Anfang 6.30 u. 8.40.

Ratenzahlung

Gummi-Mäntel Herren-Anzüge 9653

Lucjan Szulc, Długa 65.



Gute Hausbrandföhle

zum äußerst günstigen Preise v. 1,90 Bl.

hat abzugeben

19279

C. J. Targowski, Bydgoszcz.

Dworcowa 24/35 Telefon 1273.

19279

Wir kaufen

ständig zu den höchsten Tagespreisen

sämtliche Sorten

Getreide

Wicken

Peluschken

Felderbsen.

Geben gleichzeitig ab bei günstigsten

Zahlungsbedingungen

Kunstdünger sowie

oberschl. Kohle.

Spółka Akcyjna „Rola“

w. Poznaniu

19257

Oddział w Bydgoszczy

Tel. 752. Jagiellońska 65/66. Tel. 756.

19257

Planist

erteilt gründl. Klavier-

unterricht u. spielt auf

Bergmeisterin jeder Art.

Pomorska 58, I, 1. 9149

Ausschreibungen

zum 18/47

holzischen

Unterrichtskursus

erbet. in der Geschäfts-

stelle, Elisabethstr. 4.

Telefon 150 u. 1194. 19257

Brzeg

Stüdfall

wieder eingetroffen.

Herrn. Voigt nast.

Bydgoszcz,

ul. Bernardynów 5.

19257

Elegantes

Führwerk

zu jeder Gelegenheit —

auch zu Spazierfahrt.

zur Bahn wird gefestelt.

Grund, Gdańskia 26.

19257

Telefon 1120. 19257

Blindenheim

in jeder Größe und Menge

liefert billig

19257

19257

19257

19257

19257

19257

19257

19257

Hochfeuerfeste Schamottesteine

Generatoren
Kupolofen
Eisenhütten
Fässersteine
Normalformat
Schamotte-
Mahl
Schamotte-
Platten

Ogniotrwał
Barbary 33 - Tel. 1370

Zentrale
feuerfester
Materialien.

Swangsversteigerung.

Donnerstag, den 31. Juli er., um 10 Uhr vorm., werde ich im Wege der Zwangsvollstreckung in Bydgoszcz, ulica Gdańskia, im Hause des Spediteurs Herrn Wodtke, gegen sofortige Bezahlung

eine neue Britschle, einen neuen Jagdwagen, vier Pferde und ein neues Kutschgesherr

an den Meistbietenden zwangsweise versteigern.

Preuschoff, kom. sądowy w Bydgoszczy.

Holz!

Bauholz nach Liste,
Schnittmaterialien aller Art,
kieferne Blockware,
Gerüststangen und Bohlen,
Telegraphenstangen, Lichtmasten,
Ristenbretter, Eichenrundholz,
Kiefern- und Eichenscheitholz,
sowie
Rollen, Brennholz, Schwarten.
Säumlinge und Sägespäne
lieferen en gros und en détail

Drzewo Grodzisk

T. z o. p.

Porażyn bei Opalenica.

1767

XX Hüttenfols XX und Steinfohlen

aus besten oberösterreichischen Gruben

sowie

Ostrau-Karwiner-Gießereifols

liefern waggonweise zu Original-Konzernpreisen

Schlaaf & Dąbrowski

18403 Tel. 1923. ul. Mikołajskiego Nr. 8a. Tel. 1923.

Kontern-Vertreter.

Ersatzteile für Erntemaschinen

Deering, Mc Cormick, Wood,

Ethy, Eckert u. andere Systeme

sofort lieferbar.

19087

Franc. Aloj, Bydgoszcz,
Tel. 1683, Gegr. 1899. Gdańskia 97.

Achtung Friseure!

Hochfeine Karlsruher

Rasier-Geise

fabriziert u. empfiehlt in Riegeln à 1/2 kg,
Abgabe nicht unter 5 kg, 19199

Chemische Fabrik

Julian Aról, Bydgoszcz.

Überbelästigung Erregungszustände, ge-
schwächte Herzkrank. Berl.

Sie Gratisbrochüre üb. San. Kat. Dr. Weißes

gärtfreie Haussuren. Dr. Hugo Caro, G. m. b. H.

Berlin - Friedenau 54.

19086

Geldmarkt

Mühlen-Unternehmen

sucht auf seine diversen Liegenschaften im
Werte von über 300 000 Dollar

Hypothesen zur ersten Stelle

In Höhe von 300 bis 400 000 Złp. auch in
größeren Teilbeträgen. Offerten werden u.
Chiffre L. 19139 durch die Geschäftsstelle
dieser Zeitung weitergegeben.

Heirat

Viele reiche Heiraten,
Realitäten, Besitz etc.
Damen u. Herrn, a. ohn.
Vermög. Ausk. kostenl.
STABREY, BERLIN 113
Stolpischestr. 48. 9885

Offene Stellen

Zur genauen Durch-
sicht der kompl. doppelt.
Buchführung an Ort
und Stelle und daran
an schließend Aufstellg.
einer Jahresbilanz,
wird ein routinierter
bilanzsicherer

Buchhalter

auf ca. 3 Wochen ver-

sofort gesucht.

Izotrowstki i Sto-

Aruszwica, Eish. u.

Maschinenhandlung

Reparatur - Werkstätte

landw. Maschinen.

Bilanzsicherer,

durchaus zuverlässiger,

unverheirateter

Buchhalter

der deutsch. und poln.

Sprache mächtig, sofort

oder später gesucht.

Herren m. guten Zeug-

nissen wollen sich un-

Angabe ihrer Herkunfts-

forderung bei freier

Station u. Beifügung

ihres Lebenslaufs

melden bei C. Lutz,

Brauerelbester, 19216

Spłowno. Pomorze.

Für m. Destillat. u.

Kolonialwar. Geschäft

suche ich p. 15. 8., evtl.

auch früher, ein. tüs-

igen u. ehrlichen, der

poln. Sprache mächt.

Monteure

Maschinen-

Schlosser

Kesselschmiede

für Reparatur von

Automobilen und lan-

wirtschaftl. Maschinen,

sowie tüchtigen

Autoschlosser

mögl. m. Führerschein,

f. N.A.G. Personewag.

Piotrowstki i Sto-

Aruszwica.

Wir suchen

tüchtige ältere

Monteure

Maschinen-

Schlosser

Kesselschmiede

für Reparatur von

Automobilen und lan-

wirtschaftl. Maschinen,

sowie tüchtigen

Autoschlosser

mögl. m. Führerschein,

f. N.A.G. Personewag.

Piotrowstki i Sto-

Aruszwica.

Sogleich oder später

siehe einen mit Ma-

schinen u. Aufschlag

erfahrenen

Bilanzsicherer,

durchaus zuverlässiger,

unverheirateter

Buchhalter

der deutsch. und poln.

Sprache mächtig, sofort

oder später gesucht.

Herren m. guten Zeug-

nissen wollen sich un-

Angabe ihrer Herkunfts-

forderung bei freier

Station u. Beifügung

ihres Lebenslaufs

melden bei C. Lutz,

Brauerelbester, 19216

Spłowno. Pomorze.

Für m. Destillat. u.

Kolonialwar. Geschäft

suche ich p. 15. 8., evtl.

auch früher, ein. tüs-

igen u. ehrlichen, der

poln. Sprache mächt.

Buchhalter

der deutsch. und poln.

Sprache mächtig, sofort

oder später gesucht.

Herren m. guten Zeug-

nissen wollen sich un-

Angabe ihrer Herkunfts-

forderung bei freier

Station u. Beifügung

ihres Lebenslaufs

melden bei C. Lutz,

Brauerelbester, 19216

Spłowno. Pomorze.

Für m. Destillat. u.

Kolonialwar. Geschäft

suche ich p. 15. 8., evtl.

auch früher, ein. tüs-

igen u. ehrlichen, der

poln. Sprache mächt.

Buchhalter

der deutsch. und poln.

Sprache mächtig, sofort

oder später gesucht.

Herren m. guten Zeug-

nissen wollen sich un-

Angabe ihrer Herkunfts-

forderung bei freier

Station u. Beifügung

ihres Lebenslaufs

melden bei C. Lutz,

Brauerelbester, 19216

Spłowno. Pomorze.

Für m. Destillat. u.

Kolonialwar. Geschäft

suche ich p. 15. 8., evtl.

auch früher, ein. tüs-

igen u. ehrlichen, der

poln. Sprache mächt.

Buchhalter

der deutsch. und pol